

BESCHLUSS
des
Landesvorstandes vom 08. Juli 2002

Seite 1

1
2 **Existenzgründungen**

3
4 **Die FDP fordert ein grundlegendes Umdenken der deutschen Politik bei**
5 **der Betrachtung von Existenzgründungen.**

6 **Die Dynamik einer Wirtschaft ist wesentlich von den Existenzgründungs-**
7 **aktivitäten einer Gesellschaft abhängig. Aufgrund der Tatsache, dass ein**
8 **Hauptteil des Wirtschaftswachstums aus Existenzgründungen resultiert,**
9 **gilt es, diesen für unser Land und seine wirtschaftliche Zukunft so wichti-**
10 **gen Bereich durch verbesserte Rahmenbedingungen und politische Hand-**
11 **lungsinitiativen zu fördern und insbesondere Maßnahmen zu ergreifen, die**
12 **geeignet sind, die vielfältigen Hemmnisse für Gründungen aus dem Weg**
13 **zu räumen.**

14
15 So begrüßenswert viele singuläre Fördermaßnahmen sind, so wichtig ist jedoch
16 ein schlüssiges Gesamtkonzept.

17
18 Sowohl die Zahl der Gründungen als auch deren Nachhaltigkeit entspricht in
19 Deutschland nicht den in hochentwickelten Industriestaaten erreichbaren Stan-
20 dards.

21
22 Die FDP fordert daher dringend ein langfristig angelegtes Monitoring der vor-
23 handenen Aktivitäten und eine daraus abgeleitete Handlungsstrategie, die ins-
24 besondere folgende Aspekte und Problemfelder berücksichtigt:

25
26
27 **1. Gründungskultur**

28
29 **Die FDP fordert eine stärkere Vermittlung von unternehmerischem Han-**
30 **deln und insbesondere Unternehmensgründungen fördernde Einstellungen**
31 **und Haltungen in den Schulen.**

32
33 Politik und Wirtschaft sind gefordert, ein realistisches Unternehmerimage zu
34 erzeugen. Unternehmerische Tätigkeit muss ein selbstverständlicher und auch
35 notwendiger Teil wirtschaftlichen Handelns im Bewusstsein der Bevölkerung
36 werden.

37
38 Eine wesentliche Aufgabe müssen hier die Bildungssysteme übernehmen.
39 Die Hochschulen sind seit kurzem dabei, ihre notwendige Positionierung zu
40 finden. Nach einer ersten Orientierungsphase ist jedoch ein erheblicher Koordi-
41 nierungs- und Konsolidierungsbedarf unübersehbar.

42
43 Die weiterführenden, allgemeinbildenden Schulen haben ihre Aufgabe bisher
44 nur unzulänglich erkannt. Von einzelnen, sehr positiv zu beurteilenden Projek-
45 ten abgesehen, existiert kein Gesamtkonzept, das den Jugendlichen eine selb-
46 ständige Tätigkeit als eines von vielen „normalen“ beruflichen Zielen vermit-
47 teln könnte. Hier besteht für die Kultusminister dringender Handlungsbedarf.
48 Besonderes Augenmerk ist auch auf den zur Zeit in Deutschland im Vergleich
49 zu anderen Staaten noch zu geringen Anteil von Existenzgründungen durch
50 Frauen zu richten. Hier liegt ein erhebliches, nicht ausgeschöpftes Potential an
51 qualifizierten Gründerpersönlichkeiten brach.

52
53
54
55
56
57 **2. Bürokratielastenabbau / Informationsbedarf**
58

BESCHLUSS
des
Landesvorstandes vom 08. Juli 2002

Seite 2

1 **Die FDP fordert den Abbau von Bürokratielasten und eine verstärkte**
2 **Bündelung von Informationen über Fördereinrichtungen für Existenz-**
3 **gründungen. Hierzu ist die Einrichtung von regionalen Informations- und**
4 **Koordinierungsstellen (One-Stop-Shops) für Unternehmensgründer not-**
5 **wendig, die die bürokratischen Abläufe in einer Hand bündeln und den**
6 **Existenzgründern den Zugang zu vorhandenen Fördermaßnahmen er-**
7 **leichtern.**

8
9 Existenzgründer haben zur Vorbereitung, Durchführung und Absicherung ihres
10 Vorhabens einen extrem hohen Informationsbedarf. Die hierzulande leider üb-
11 lichen Überregulierungen und bürokratischen Lasten bedeuten einen nicht mehr
12 vertretbaren Zeitaufwand mit teilweise unkalkulierbaren Ergebnissen für das
13 unternehmerische Kerngeschäft. Der Unternehmensgründer wird dadurch in
14 einer Zeit - im Vergleich mit angestellten oder beamteten Arbeitnehmern - äu-
15 ßerst hoher Arbeitsbelastung in seiner originären Tätigkeit in nicht vertretba-
16 rem Rahmen eingeschränkt.

17
18 Staatliche und private Einrichtungen stellen erhebliche finanzielle Mittel zur
19 Förderung von Existenzgründungen zur Verfügung. Auch hier besteht für
20 Gründer erheblicher Informationsbedarf. Der Zugang zu diesen Einrichtungen
21 darf nicht durch unzureichende Informationssysteme behindert werden.

22 23 24 **3. Gründungsforschung**

25
26 **Die FDP fordert eine bessere Koordination der Gründungsforschung und**
27 **insbesondere ein langfristig angelegtes Monitoring der Gründungsaktivitä-**
28 **ten und Gründungsfolgen als wesentliche Grundlage von politischen Ent-**
29 **scheidungen.**

30
31 Grundlage für politische Sachentscheidungen jeder Art sind Informationen. Die
32 FDP begrüßt ausdrücklich ein zur Zeit zu beobachtendes höheres Maß an For-
33 schungsaktivitäten. Die vorhandenen Arbeiten weisen jedoch in der Regel ein-
34 en grundlegenden Mangel an Kontinuität auf. Die vorhandenen Daten sind nur
35 unzureichend geeignet, das Gründungsgeschehen detailliert zu beurteilen. Poli-
36 tischen Entscheidungen fehlt daher allzu häufig die ausreichende Sachgrundla-
37 ge.

38 39 40 **4. Eigenkapital**

41
42 **Die FDP fordert den Gesetzgeber auf, das Steuerrecht so zu gestalten, dass**
43 **den mittelständischen Unternehmen die Bildung einer angemessenen Ei-**
44 **genkapitalausstattung ermöglicht wird.**

45
46 Die steuerliche Benachteiligung von KMUs (kleinen und mittelgroßen Unter-
47 nehmen) gegenüber Großunternehmen betrifft naturgemäß auch die Unter-
48 nehmen Gründer. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, für eine ausgeglichene
49 steuerliche Behandlung der Unternehmen zu sorgen.

50
51 Die FDP sieht dringenden Handlungsbedarf, durch steuerrechtliche Bestim-
52 mungen den Unternehmern die Bildung einer höheren Eigenkapitalquote zu er-
53 leichtern.

BESCHLUSS
des
Landesvorstandes vom 08. Juli 2002

Seite 3

5. Insolvenzrecht

Die FDP fordert die umgehende Novellierung des Insolvenzrechts unter Berücksichtigung der realen Planungsmöglichkeiten von Existenzgründern

Die aktuellen Bestimmungen setzen den Unternehmensgründer nicht kalkulierbaren strafrechtlichen Risiken aus. Die von ihm verlangten sicheren Planungsdaten für die vorausschauende Liquiditätsplanung stehen ihm schlechterdings in der von ihm erwarteten Qualität nicht zur Verfügung. Ein Warten auf offensichtlich notwendige höchstrichterliche Rechtsprechung ist eine nicht zu vertretende Zumutung und stellt ein erhebliches Risiko für Gründer dar.

Die FDP will ausdrücklich nicht unseriösen Abenteurern die Türen öffnen . Wir legen jedoch Wert darauf, dass das Insolvenzrecht den realen Planungshorizont der Gründer nicht vernachlässigt.

6. Finanzierung

Die FDP fordert, die heute für Existenzgründer zur Verfügung stehenden Finanzierungskanäle nicht weiter zu belasten. Insbesondere sind die Möglichkeiten des auf die Finanzierung von mittelständischen Unternehmen spezialisierten und teilweise auch satzungsgemäß verpflichteten Teile des Bankensystems aufrecht zu erhalten. Für weitere Teile des Finanzsystems sollten höhere Anreize geschaffen werden, Gründungsfinanzierung als Teil der Produktpalette anzubieten.

Existenzgründer verfügen üblicherweise nicht über ausreichendes Gründungskapital. Auch die „Erhöhung“ des Eigenkapitals durch Kredite und Zuschüsse aus dem sozialen Umfeld stellt in der Regel nur eine minimale Ausstattung zur Erlangung von Bankkrediten und u.U. Fördermitteln dar.

Der Zugang zum Risikokapitalmarkt bleibt dem Gründer üblicherweise versperrt.

Der zu erwartende Basel II Konsens wird die Finanzierungsmöglichkeiten weiter belasten.

Die Politik ist gefordert, diesen Fakten und Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Die steuerliche Belastung von privaten Risikokapitalgebern („Business Angels“) ist entsprechend ihrer gesamtwirtschaftlichen Funktion zu korrigieren. Der Abbau von Förderungen, wie z.B. Meistergründungsprämien, ist nicht das Gebot der Stunde.

7. Arbeitskräftebedarf

Die FDP fordert eine Novellierung der Regelungen für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ebenso wie den Entfall des Gesetzes zur Förderung der Selbständigkeit.

Junge Unternehmen zeichnen sich durch ein hohes Maß an Flexibilität aus. Entsprechend ist ihr Bedarf an Arbeitskräften. Die Politik hat diesem existentiell notwendigen Bedarf Rechnung zu tragen.

Insbesondere ist bei der Neuformulierung der Gesetze auf eine leichte und verständliche Handhabbarkeit zu achten

BESCHLUSS
des
Landesvorstandes vom 08. Juli 2002

Seite 4

8. Betriebsübernahmen

Die FDP fordert die Gleichstellung bei der steuerlichen Behandlung der Veräußerungsgewinne für alle Unternehmen bzw. Gewerbetreibende, um auch größere Anreize zu erzeugen, die Nachfolge zu einem geeigneten Zeitpunkt zu regeln und somit Betriebsschließungen in großer Zahl zu verhindern. Hier gilt auch das Gebot der Gleichbehandlung.

Einer große Anzahl von Unternehmen wird geschlossen, weil keine rechtzeitige Nachfolgeregelung realisiert wird. Für viele Unternehmer ist ihr Betrieb die einzige Erwerbsquelle. Sie sind auf den Verkauf des Unternehmens als Altersversorgung angewiesen oder müssen ihn, solange es ihre Gesundheit erlaubt, selbst unter ungünstigsten und für das Unternehmen zerstörerischen Bedingungen weiterführen. Diese unternehmens- und arbeitsplatzzerstörende Situation ist in dem bestehenden Ausmaß nicht akzeptabel.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21